

Offene Fragen der Geschichte Band 4

Chronik von 1900 bis 1933

Kampf um die Weltherrschaft,
Erster Weltkrieg,
Versailler Friedensverhandlungen,
Gründung der Weimarer Republik,
Gründung der UdSSR,
Faschismus,
Nationalismus und Diktaturen,
Weltwirtschaftskrise,
Hitlers Machtübernahme,
NS-Terrorismus ...

Band 4/022

Chronik vom 28. Februar 1933 bis zum 23. März 1933

28.02.1933

Deutsches Reich: Am 28. Februar 1933 genehmigt Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung (sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat). In dieser völlig ungerechtfertigten "Reichstagsbrandverordnung" zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte heißt es (x058/348): >>>Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte verordnet:

§ 1 Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen zu Haussuchungen (Unverletzlichkeit der Wohnung) und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen sind zulässig.

§ 2 Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen. ...<<

Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzt wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung (wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprecheheimnis, persönliche Freiheiten) außer Kraft.

Mit Hilfe der "Reichstagsbrandverordnung" kann das NS-Regime die Weimarer Republik zwar vermeintlich "legal" liquidieren, aber diese "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat" ist nicht durch Artikel 48 gedeckt und deshalb ungesetzlich, weil sie nicht vorübergehend erlassen wird. Die "Reichstagsbrandverordnung" (Abschaffung des demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates bzw. Legalisierung der NS-Diktatur) wird zunächst auf 4 Jahre begrenzt und danach dreimal durch das NS-Regime verlängert, so daß sie schließlich bis zum Zusammenbruch des NS-Staates in Kraft bleibt.

Mit Hilfe dieser "legalen Notverordnung" verhängt Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnah-

mezustand im Deutschen Reich, schaltet bereits indirekt das Parlament aus und übernimmt im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten werden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Reichstagsbrandverordnung" (x051/486): >>Reichstagsbrandverordnung, am 28.2.33 unter der Bezeichnung "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" erlassene Notverordnung.

Vorausgegangen war ihr der Reichstagsbrand am 27.2., der von den Nationalsozialisten den Kommunisten zur Last gelegt wurde.

"Zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" (so die Präambel) setzte die Reichstagsbrandverordnung die in Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Weimarer Verfassung verbrieften Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, der Meinungsfreiheit, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit und der Garantie des Privateigentums außer Kraft, gab der Reichsregierung das Recht, "zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" in den Ländern die Befugnisse der Landesregierung "vorübergehend wahrzunehmen", und verschärfte die Strafandrohungen für bestimmte Delikte, führte u.a. für Hochverrat und Brandstiftung die Todesstrafe ein.

Die Reichstagsbrandverordnung gab der von Hitler geführten Regierung eine scheinbar legale Grundlage zur Gleichschaltung der Länder und zur Verfolgung von tatsächlichen oder angeblichen Gegnern des Nationalsozialismus; allein 1933 kam es aufgrund der Reichstagsbrandverordnung zu 3.584 Strafverfahren mit 3.133 Verurteilungen. V.a. aber beseitigte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Elemente des Rechtsstaates und bildete so zusammen mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 die gesetzliche Grundlage der nationalsozialistischen Diktatur.<<

Die amtliche Mitteilung des preußischen Pressedienstes vom 28. Februar 1933 über den Reichstagsbrand lautet (x191/58): >>Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland.

Unter den Hunderten von Zentnern Zersetzungsmaterial, das die Polizei bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses (der KPD) entdeckt hat, fanden sich die Anweisungen zur Durchführung des kommunistischen Terrors nach bolschewistischem Muster. Hiernach sollen Regierungsgebäude, Museen, Schlösser und lebenswichtige Betriebe in Brand gesteckt werden. ... Der Brand des Reichstages (sollte) das Fanal zum blutigen Aufruhr und zum Bürgerkrieg sein.<<

Goebbels berichtet am 28. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>... Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.<<

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" wird am 28. Februar 1933 durch das NS-Regime verboten.

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die SPD-Zeitung "Vorwärts" (x051/614-615): >>Vorwärts (Untertitel: "Berliner Volksblatt, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands"), 1891 in Berlin gegründete Zeitung, Herausgeber bis 1900 Wilhelm Liebknecht, dann ein Kollektivgremium; erschien ab 1902 im gleichnamigen Verlag; Auflage 1914: 154.000.

Nach der 1916 erfolgten Spaltung der SPD war Stampfer mit kurzer Unterbrechung 1919 bis 33 Chefredakteur des "Vorwärts". Ab 1.10.22 trug der "Vorwärts" eine Zeitlang den Untertitel: "Zentrales Organ der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", ab 29.6.32 das Emblem der Eisernen Front (drei schwarze Pfeile auf weißem Grund) im Titelkopf. Auflage Ende 1918: 400.000, 1933: 100.000.

Der "Vorwärts" wurde durch die Reichstagsbrandverordnung zunächst auf vier Wochen verboten, dann endgültig unterdrückt. Letzte gedruckte, nicht mehr ausgelieferte Nummer in Preußen: 28.3.33.

Als Exilzeitung der SPD erschien ab 18.6.33 in Prag der "Neue Vorwärts". Chefredakteur war wieder Stampfer, 1935-40 Curt Geyer zusammen mit Stampfer und Hilferding als führende regelmäßige Mitarbeiter; Auflage 1935: 10.000. Die vom 29.10.33 bis März 38 erscheinende illegale Verbreitung in Deutschland erhielt den Titel: "Sozialistische Aktion". Chefredakteur war Paul Hertz, Auflage 1934/35: 10.000-25.000. Ab 1938 erschien der "Neue Vorwärts" vierzehntägig in Paris, Auflage: ca. 5.000. Nach der deutschen Besetzung mußte er 1940 sein Erscheinen einstellen. Letzte Nummer: 12.5.40.<<

Februar 1933

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky, der Redakteur der "Weltbühne", der sich stets weigert, vor den Nazis zu fliehen, wird nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 verhaftet und bis zu seinem Tod als "Staatsfeind" interniert. Als von Ossietzky später den Friedensnobelpreis erhält, darf er die Auszeichnung nicht annehmen.

03.03.1933

Deutsches Reich: Die NS-Ortsgruppe Thalburg ruft am 3. und 4. März 1933 in den "Thalburger Neusten Nachrichten" zur Wahl der NSDAP auf (x023/129): >>Einwohner von Thalburg. Ihr wollt in Ruhe und Frieden Eurer Arbeit nachgehen! Ihr habt das freche Auftreten des SPD- und KPD-Gesindels satt! Die roten Senatoren, Bürgermeister und Reichsbannergeneräle mit ihrem bewaffneten Klüngel wünscht ihr zum Teufel!

Denkt an das schandbare Auftreten dieser Horden vor einem Jahre! Die roten Herren ... machten in Bürgerkrieg. ... In den Baracken warteten vertierte Kommunisten mit Militärgewehren bewaffnet ... auf die Blutarbeit in den Straßen Thalburgs. Thalburg sollte in Blut und Grauen versinken.

Hitler war Euer Retter! Die NSDAP, die SA, die SS kämpfen auch hier in Thalburg für Euch! Morgen ist der Tag der erwachenden Nation! Das deutsche Volk dankt an der Wahlurne dem großen Führer für seine Rettung in letzter Stunde! Es wird ein Brausen durch Deutschland gehen! Deutschland wählt Liste 1.

Heil Hitler! Ortsgruppe Thalburg der NSDAP.<<

Der "März-Wahlkampf" im Jahre 1933 steht bereits eindeutig im Zeichen des NS-Terrors. Zahlreiche politische Gegner werden gewaltsam durch die Sturmabteilung (SA) unterdrückt, verhaftet oder mißhandelt.

Der Rundfunk sendet fortwährend Hitler-Reden und NS-Propaganda. In manchen Landesteilen werden Zeitungen und Versammlungen der NS-Gegner verboten.

Der damalige preußische Innenminister Hermann Göring droht damals in einer Wahlrede (x059/75): >>... Ich habe keine Gerechtigkeit auszuüben, sondern nur zu vernichten und auszurotten. Ich werde die Macht des Staates bis zum äußersten gebrauchen, meine lieben Kommunisten! ...<<

Großbritannien: Der "Daily Express" berichtet am 3. März 1933 (x023/71): >>Wenn die kommunistische Gefahr beseitigt ist, wird die normale Ordnung der Dinge zurückkehren.<<

05.03.1933

Deutsches Reich: Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhält die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreicht.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschen (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA-Straßenterror etc.), zählt

die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Die deutschen Reichstagswahlen von 1928-33 (x089/413):

Parteien	Mandate 1928	%	Mandate 1930	%	Mandate Juli 1932	%	Mandate November 1932	%	Mandate März 1933	%
NSDAP	12	2,6	107	18,3	230	37,3	196	33,1	288	43,9
DNVP	73	14,2	41	7,0	37	5,9	52	8,3	52	8,0
SPD	153	29,8	143	24,5	133	21,6	121	20,4	120	18,3
Zentrum	62	12,1	68	11,8	75	12,5	70	11,9	74	11,2
DVP (Libe- rale)	45	8,7	30	4,5	7	1,2	11	1,9	2	1,1
KPD	54	10,6	77	13,1	89	14,3	100	11,9	81	12,3
Sonstige	<u>92</u>	22,0	<u>111</u>	20,8	<u>37</u>	7,2	<u>34</u>	7,5	<u>30</u>	5,2
Gesamt	<u>491</u>		<u>577</u>		<u>608</u>		<u>584</u>		<u>647</u>	

Joseph Goebbels berichtet am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Die "Bergwerkszeitung" berichtet am 5. März 1933 über den Reichstagsbrand (x032/25): >>Der Bau ist nicht mehr zu retten, aber der Geist, der ihn zerstört hat, kann noch ausgerottet werden, ehe es zu spät ist und ganz Deutschland ein Opfer blindwütiger Verneinung fanatischer Hirngespinnste wird.<<

Der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun flieht bereits am 5. März 1933 ins Exil in die Schweiz.

06.03.1933

Deutsches Reich: Der SPD-Parteivorstand erklärt am 6. März 1933 nach der verlorenen Reichstagswahl (x032/25): >>... Unerschüttert, kampferprobt, gerüstet steht die Partei. Neue große Anforderungen wird die nächste Zeit an die SPD stellen. Wir sind ihnen gewachsen. Der Kampf um die Wiedereroberung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft, um ihr politisches Recht geht weiter.

Haltet der Partei die Treue!<<

11.03.1933

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Göring erklärt am 11. März 1933 während einer Rede in Essen (x129/33-34): >>Ich habe erst angefangen zu säubern, es ist noch längst nicht fertig. Für uns gibt es zwei Teile des Volkes; einen, der sich zum Volk bekennt, ein anderer Teil, der zersetzen und zerstören will.

Ich danke meinem Schöpfer, daß ich nicht weiß, was objektiv ist. Ich bin subjektiv. Ich stehe einzig und allein zu meinem Volke, alles andere lehne ich ab.

Wenn sie sagen, die Bevölkerung ist in furchtbarer Erregung, weil jüdische Warenhäuser vorübergehend geschlossen waren, so frage ich: Ist es nicht natürlich, wenn wir Deutsche endlich erklären: Kauft nicht beim Juden, sondern beim deutschen Volk.

Ich werde die Polizei rücksichtslos einsetzen, wo man das deutsche Volk zu schädigen weiß. Aber ich lehne es ab, daß die Polizei eine Schutztruppe jüdischer Warenhäuser ist. Es muß endlich einmal der Unfug aufhören, daß jeder Gauner nach der Polizei schreit. Die Polizei ist nicht dazu da, die Gauner, Strolche, Wucherer und Verräter zu schützen.

Wenn sie sagen, da und dort sei einer abgeholt und mißhandelt worden, so kann man nur erwidern: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

Wir haben jahrelang die Abrechnung mit den Verrätern angekündigt. Ruft nicht soviel nach

Gerechtigkeit, es könnte sonst eine Gerechtigkeit geben, die in den Sternen steht und nicht in euren Paragraphen! Und wenn diese Gerechtigkeit leuchtet, ist euer Ende gekommen.

Man klagt über die Unterdrückung von Zeitungen. Wundert euch das? Mich wundert, daß sie noch existieren. Ich würde pflichtwidrig handeln, wenn ich länger dieses Gift ins Volk hineinträufeln ließe.

Wenn wir auch vieles falsch machen, wir werden jedenfalls handeln und die Nerven behalten. Lieber schieße ich ein paarmal zu kurz oder zu weit, aber ich schieße wenigstens.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtet am 11. März 1933 (x243/47): >>Flaggenhissung auf dem Rathaus ... unter Führung von (SA-)Sturmbannführer Sch. ...

Da, wo am 9. November 1918 die roten Fahnen hingen, (wurde) die Hakenkreuzfahne gehißt.

...

Einziehung von 50 Mann Hilfspolizei, die sich aus SA, SS und Stahlhelm rekrutieren. ...<<

13.03.1933

Deutsches Reich: Seit dem 13. März 1933 kontrolliert, "säubert" und dirigiert Josef Goebbels, NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, sämtliche Informationsmedien (Presse, Buchwesen, Rundfunk, Film) und andere kulturelle Einrichtungen.

NS-Propaganda

Die NS-Propaganda richtete sich konsequent nach Hitlers Grundsätzen, die er in seinem Buch "Mein Kampf" festgelegt hatte. Da die Aufnahmefähigkeit der großen Masse nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür die Vergeßlichkeit jedoch groß wäre, sollte sich die NS-Propaganda nur auf wenige Punkte beschränken und diese ständig schlagwortartig wiederholen, um die entsprechenden Propagandaziele wirkungsvoll zu erreichen.

Die allgegenwärtige Propaganda verbreitete danach während der NS-Diktatur unaufhörlich ihre unkontrollierbaren NS-Thesen, die aus Lügen, Halbwahrheiten und Tatsachen bestanden. Da Goebbels erstmalig den Rundfunk einsetzen wollte, erhielten die deutschen Volksgenossen zunächst preiswerte Radios. Bereits 1933/34 verkaufte das NS-Regime mehr als 1,0 Millionen "Volksempfänger" zum Stückpreis von 76 RM. Die NS-Kommunikationsmedien bedienten in erster Linie den ordinären Pöbelgeschmack sowie die einfache Mittelmäßigkeit und verherrlichten unentwegt die primitivsten Instinkte der Menschen.

Der "Kulturdiktator" Goebbels (1897 in Rheydt geboren, sollte ursprünglich katholischer Priester werden) war ein begabter Propagandaexperte, der den "führerlosen" Massen ein jahrzehntelang entbehrtes Zusammengehörigkeitsgefühl vermittelte. Die NS-Propaganda war insgesamt eine unwürdige Form der systematischen Volksverdummung, die aber damals durch die völlige Knebelung der Gedankenfreiheit (Bücherverbrennungen usw.) und wegen fehlender Vergleichsmöglichkeiten äußerst erfolgreich eingesetzt werden konnte.

Das NS-Regime verbreitete unentwegt Antithesen: "Rassemenschen", "Untermenschen", "Stimme des Blutes", "Tatmensch", "Führertum", "diktatorischer Wille".

Jeder Unsinn durfte ungestraft behauptet werden, wenn er nur die sogenannte "NS-Rassenpolitik" unterstützte. Die NS-Weltanschauung wurde andauernd durch gewaltige Großkundgebungen, endlose Massenaufmärsche, Fackelzüge und dauernde Parteiveranstaltungen werbewirksam verbreitet und fand überall viele begeisterte Anhänger.

Ein Gegner des NS-Regimes berichtet später (x191/188): >>Den Untertanen wurde, damit sie bequem zu erreichen waren, der Volksempfänger aufgeschwatzt; Gemeinschaftsempfänge wurden veranstaltet, denen kein Beamter, Angestellter und Arbeiter fernbleiben konnte; auf öffentlichen Plätzen wurden Lautsprecher angebracht; in den Arbeitssälen der Betriebe kamen sie nicht zum Schweigen. Wer seinen eigenen Apparat nicht aufdrehte, vernahm aus der Wohnung des Nachbarn oder von der Straße her das Geplär. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Volksempfänger" (x051/-610): >>Volksempfänger, offizielle Bezeichnung für ein technisch einfaches, durch Verzicht

auf Zierrat schlicht gestaltetes Rundfunkgerät, das 1933 auf Veranlassung des Propagandaministeriums entworfen und gebaut wurde.

Durch Standardisierung und Großserienfertigung konnte der damals übliche Preis von RM 200 bis 400 für ein Radio auf RM 76 (einschließlich Antenne) gesenkt werden. Der Volksempfänger besaß nur einen Mittelwellenteil, so daß ausländische Sender kaum zu empfangen waren, durch den niedrigen Preis war er jedoch für die meisten deutschen Haushaltungen erschwinglich (die Ausstattung mit Rundfunkgeräten erhöhte sich von 25 % 1933 auf 65 % 1941).

Hinter der Förderung des Volksempfängers stand die Ansicht des Propagandaministers Goebbels, der den Rundfunk für das "allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument" hielt.<<
Goebbels schreibt später über die Aufgaben seines Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (x149/77): >>Es genügt nicht, die Menschen mit unserem Regiment mehr oder weniger auszusöhnen, sie zu bewegen, uns neutral gegenüber zu stehen, sondern wir wollen die Menschen so lange bearbeiten, bis sie uns verfallen sind. ...

Im Laufe der Zeit haben sich auf allen Gebieten, namentlich der Technik, revolutionäre Umwälzungen vollzogen. wir leben heute im Zeitalter des Rundfunks, der großen Massendemonstrationen; Massenaufmärsche von hundert-, zweihundert- oder dreihunderttausend Menschen sind für uns nichts Unerreichbares mehr. ...

Wir leben nun einmal in dem Zeitalter, wo Massen hinter einer Politik stehen müssen. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Propagandaministerium" des NS-Regimes (x051/457): >>Propagandaministerium, übliche Kurzbezeichnung für das am 13.3.33 unter Goebbels gebildete Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Promi).

Das Propagandaministerium bezog seine Kompetenzen aus verschiedenen Ressorts und sollte Hitlers Vorstellungen von wirkungsvoller Propaganda, wie er sie in "Mein Kampf" beschrieben hatte, umsetzen. Dazu gehörten zunächst einmal die Gleichschaltung aller Meinungsproduzenten (Presse, Rundfunk, Film) und die Monopolisierung des Kulturbetriebs (Literatur, Theater, Kunst, Musik). Hebel dazu wurde das Gesetz vom 22.9.33 über die Zusammenfassung aller "Kulturschaffenden" in Körperschaften öffentlichen Rechts unter dem Dach einer Reichskulturkammer, deren Präsident Goebbels wurde.

Über Berufsverbote und Zensur leistete sie defensive Propaganda durch Filterung; der offensiven Darstellung des Regimes z.B. in den Massenmedien dienten die verschiedenen Formen von Presseanweisungen, die über die Landesstellen des Propagandaministeriums (ab 1937 Reichspropagandaämter) bis in alle Winkel des Reiches durchgesetzt wurden. Hinzu kamen die pompösen Inszenierungen bei Reichsparteitagen oder anlässlich der nationalsozialistischen Feiern und die Ausgestaltung des Führerkultes.

Zwar gelang es Goebbels nie ganz, konkurrierende Instanzen (Auswärtiges Amt, Wehrmacht u.a.) auszuschalten, doch sorgte sein hoher Rang in der nationalsozialistischen Hierarchie für Mitsprache des Propagandaministeriums in allen Fragen der Meinungslenkung. Das monolithische Bild des Dritten Reiches, das bis in die Gegenwart nachwirkt, ist sein Werk.<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die "Propaganda" des NS-Regimes (x051/458-460): >>Propaganda. Zur Sicherung und Behauptung nationalsozialistischer Herrschaft spielte die Propaganda eine zentrale Rolle. Sie galt innenpolitisch als wichtigstes Mittel, die Machtansprüche der NSDAP sowie ihre ideologischen und politischen Vorstellungen bei der gesamten Bevölkerung durchzusetzen, sie zu indoktrinieren, total zu erfassen und im Sinne des Regimes zu manipulieren.

Dabei gelang es teilweise, möglichen Widerstand zu vermeiden, da auf bereits vorhandene autoritäre Einstellungen und auf Aversionen breiter Bevölkerungsschichten gegen Minoritäten, z.B. auf einen latenten Antisemitismus, zurückgegriffen werden konnte, doch war auch

"das Element des Zwanges" bis hin zum Terror notwendiger Bestandteil der nationalsozialistischen Propaganda (J. Hagemann): galt es doch, die Alleinherrschaft pseudodemokratisch und pseudoplebiszitär zu legitimieren und alle abweichenden Meinungen und Haltungen an ihrer öffentlichen und privaten Artikulation und Repräsentation zu hindern bzw. sie zu eliminieren. Alle "Volksgenossen" und "Volksgenossinnen" hatten als "Volksgemeinschaft" sich der sogenannten Meinungsführung bedingungslos zu unterwerfen.

Propaganda war aber nicht nur innenpolitisches Führungsinstrument des Regimes, sondern zugleich – besonders im Krieg – außenpolitisches Machtmittel der Staatsführung. So hatte, nach einer Goebbels'schen Tagebuchformulierung vom 10.5.42, Nachrichtenpolitik im Krieg der Kriegführung, nicht der Information zu dienen.

Die Maxime des Handelns nach der Machtergreifung ergab sich aus Hitlers Feststellung in "Mein Kampf": "Der Sieg einer Idee wird um so eher möglich sein, je umfassender die Propaganda die Menschen in ihrer Gesamtheit bearbeitet und je ausschließlicher, straffer und fester die Organisation ist, die den Kampf schließlich durchführt."

Mit Goebbels' schon am 13.3.33 durch Reichspräsidentenerlaß gegründetem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda nebst seinen Landesstellen in den Gauen (seit 1937 Reichspropagandaämtern) wurde zunächst die "Allgegenwart der Beeinflussung organisatorisch sichergestellt", wie es Reichssendeleiter Hadamovsky später formulierte.

Bei den leitenden Beamten aller Instanzen war dabei die Kombination von staatlichen und parteiamtlichen Kompetenzen Prinzip, um ein Höchstmaß an totaler Erfassung zu gewährleisten, so wie auch Minister Goebbels selbst als Präsident der Reichskulturkammer und als Reichspropagandaleiter der NSDAP Staats- und Parteifunktionen in sich vereinigte.

Die Propaganda mußte nach Goebbels' Vorstellungen "Innen-, Kultur-, Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik umfassen", d.h. auch bisherige Aufgabenbereiche anderer Ministerien. Nähere Feststellungen darüber traf eine Verordnung Hitlers vom 30.6.33.

Es ist Goebbels nur teilweise gelungen, sich in ständigem Konkurrenzkampf auch tatsächlich in allen geforderten Bereichen durchzusetzen. Zwar blieb er die Zentralfigur der nationalsozialistischen Propagandamaschinerie, die mittels der Reichskulturkammer das gesamte nationale Kulturleben kontrollierte, wichtige Kompetenzen aber beanspruchten und erhielten auch andere Partei- und Staatsstellen.

So wurde Rusts Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Kontrolle der Lehrer und Fakultäten der Kunstakademien entzogen (15.5.35), es gelang Goebbels jedoch nicht, die Aufsicht über die Universitäten in seine Hand zu bekommen.

Langwierige Machtkämpfe gab es mit Rosenbergs Amt für Schrifttumspflege beim Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP und ebenso Funktionsüberschneidungen mit Bouhlers Parteiamtlicher Prüfungskommission.

Zu Dauerkonflikten kam es schließlich mit dem Auswärtigen Amt, dem Reichskriegsministerium und der Wehrmacht. Die Verordnung vom 30.6.33 über die Aufgaben des Propagandaministers legte ausdrücklich fest, daß aus dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes "Nachrichtenwesen und Aufklärung im Auslande, Kunst, Kunstausstellungen, Film- und Sportwesen im Auslande" auf das Propagandaministerium überzugehen habe.

Auf dem Pressesektor konnte sich aber das Auswärtige Amt mit seiner "Diplomatischen Korrespondenz", Nachrichtenmaterial, das Goebbels über sein Deutsches Nachrichtenbüro verbreiten mußte, und mit seiner Pressekonferenz für die Auslandskorrespondenten erfolgreich behaupten, während Goebbels sich als allein zuständige Behörde für den Auslandsrundfunk durchsetzte.

Eine schwere Niederlage für den Propagandaminister war dann der Führererlaß vom 8.9.39, der dem Auswärtigen Amt unter Ribbentrop nach Kriegsausbruch die verantwortliche Füh-

rung der Auslandspropaganda übertrug. Das Propagandaministerium hatte nur den vorhandenen Apparat zur Verfügung zu stellen, die Propagandaeinrichtungen des Auswärtigen Amtes sollten nicht mehr ausgebaut werden.

Dennoch dauerten die Rivalitäten weiter an, beide Ministerien versuchten außerdem gegenseitig, sich aus dem Auslandsrundfunk herauszudrängen. Die Propaganda für die besetzten Ostgebiete fiel schließlich an Rosenbergs Ministerium.

Zwischen Propagandaministerium und Kriegsministerium und Wehrmacht ging es um den Einfluß bei den ab 1936 aufgebauten Propagandakompanien und um "die Durchführung der Propaganda im Kriege". Man einigte sich in einem Abkommen 1938, daß "der Propagandakrieg ... als ... dem Waffenkrieg gleichrangiges Kriegsmittel" anzusehen sei und vom Propagandaministerium eigenverantwortlich in der Heimat, im Frontbereich aber abgestimmt mit dem OKW geführt werden sollte.

Die Wehrmacht erhielt das Monopol der militärischen Berichterstattung bis kurz vor Kriegsende, das Propagandaministerium stellte einen Teil der Fachleute. Die ersten Propagandakompanien wurden am 1.4.39 unter dem Befehl der neu geschaffenen Abteilung Wehrmachtpropaganda zusammengefaßt und dem Wehrmachtführungsamt (ab 8.8.40 Wehrmachtführungsstab) angegliedert. Hier entstand u.a. auch der tägliche Wehrmachtbericht, von dessen Abfassung Goebbels ausgeschlossen war. Er konnte allenfalls Richtlinien für die Behandlung in den Medien erteilen. Noch im September 43 versuchte er vergeblich, bei Hitler die Übertragung der Wehrmachtpropaganda auf sein Ministerium zu erreichen.

Kompetenzstreitigkeiten, Machtkämpfe und Überorganisation erschwerten zwar in der Praxis ein einheitliches propagandistisches Vorgehen und konnten von Gegnern ausgenutzt werden, im Wesentlichen aber gelang es v.a. Goebbels durchaus, die Propaganda "zu einer der tragenden Säulen nationalsozialistischer Herrschaft und Machtausweitung" zu machen (Boelcke).

Neben den umfassenden Kontroll- und Lenkungsapparaten spielten dabei Inhalte und nach massenpsychologischen Erkenntnissen entwickelte Methoden der Propaganda eine wichtige Rolle.

Die nationalsozialistische Propaganda bediente sich primitivster Klischees, suggestiver Schlagworte und Parolen ("Ein Volk, ein Reich, ein Führer", "Die Juden sind unser Unglück") und folgte dem Prinzip der ständigen Wiederholung einfachster Gedankengänge und Sachverhalte, die sich im behaupteten beschränkten Verständnis der Massen einprägen sollten. Es wurde an Massen- und Klasseninstinkte, weniger an den Intellekt appelliert.

Die Propaganda baute unter Rückgriff auf bereits vorhandene Vorurteile der Bevölkerung Feindbilder auf und hämmerte sie in das Bewußtsein, so den "Popanz der jüdisch-plutokratisch-bolschewistischen Weltverschwörung" (J. Hagemann), mit dem sämtliche innen- und außenpolitische Gegner je nach Bedarf identifiziert werden konnten.

Maßgebend beteiligt war sie an der Herstellung des Führermythos und sie schuf in der Gestalt von Horst Wessel ein Symbol der Bewegung, das "zu einem wesentlichen Bestandteil der Zukunftsvisionen des Nationalsozialismus wurde" (Bramsted).

Geschichtliche Parallelen wurden bemüht und zur Indoktrinierung herangezogen und innen- und außenpolitische Vorgänge verschwiegen oder verschleiert, wenn sie das propagandistische Konzept störten.

Alle Propagandainstrumente wurden möglichst überall und gleichzeitig eingesetzt, um auf das Publikum einzuwirken: Rede, Tagespresse, Bücher, Film und Rundfunk, wobei ihre Bedeutung an dem Grad des jeweils mit ihnen zu erreichenden Einflusses gemessen wurde. Das gesprochene Wort wog höher als das geschriebene, der direkte Kontakt mit den Massen sollte hergestellt werden. Folgerichtig wurden so auch die modernen Massenmedien Rundfunk und Film neben der Presse zu "publizistischen Führungsmitteln im Dienste der Volksführung" erklärt.

Die Deutsche Wochenschau, die der persönlichen Kontrolle Goebbels' und zeitweise sogar Hitlers unterstellt war, wurde z.B. "der gegebene Ort propagandistischer Einwirkung, um die Welt des Führers allen Volksgenossen nahe zu bringen und sein Wesen als Verkörperung des gesamtdeutschen Seins fühlbar werden zu lassen" (Ludwig Heyde).

Neben der sozusagen selbstverständlichen alltäglichen Allgegenwart der nationalsozialistischen Propaganda, neben den obligatorischen Aufmärschen, den alljährlichen Führergeburtstags-, Sonnwend- und 9.-November-Feiern, ... den Erntedankfesten und Winterhilfswerk-Eröffnungen gab es für aktuelle politische Ziele und Zwecke inszenierte Propagandaaktionen und Propagandafeldzüge, die erst in wenigen Fällen genauer analysiert worden sind.

So waren im Bereich des katholischen Kirchenkampfes die 1936/37 gegen katholische Geistliche und Laienbrüder geführten rund 250 Sittlichkeitsprozesse vorgeschobener Anlaß und Objekt eines "ebenso gewaltigen und spektakulären wie riskanten Propagandafeldzuges" (Hockerts) mit dem Ziel, den Zusammenhalt von Kirchenvolk und Amtskirche zu erschüttern. 1938 ging es um die innen- und außenpolitische propagandistische Vorbereitung, Unterstützung und Begleitung der sogenannten Sudetenkrise.

Die sich mehrere Monate lang hinziehenden konzertierten Aktionen des Propagandaministeriums nach der Kristallnacht schließlich hatten nur vordergründig die Aufgabe, der ausländischen Kritik entgegenzutreten und die getroffenen antisemitischen Maßnahmen zu rechtfertigen; sie dienten ebenso der Verschleierung der tatsächlichen Geschehnisse: Arisierungen kamen nicht an die breite Öffentlichkeit, Auswanderungszahlen wurden nicht genannt, die Verschleppung in die Konzentrationslager verschwiegen.

Es verstand sich von selbst, daß über die Inszenierung solcher Aktionen sowie über die angewandten Techniken und Praktiken der Propaganda möglichst nichts an die Öffentlichkeit dringen durfte, um ihre Wirksamkeit nicht zu gefährden und Desillusionierungen zu vermeiden.

Erfolgreiche Propagandaarbeit aber setzte auch Kenntnisse über Stimmungen und Haltungen der Bevölkerung oder von Bevölkerungsgruppen voraus, die man gezielt ansprechen und beeinflussen wollte. Hier orientierten sich Goebbels und andere an geheimen Lageberichten aus den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, wie sie von Staats- und Parteistellen, ab 1935 vor allem vom SD, angefertigt wurden. ...<<

15.03.1933

Deutsches Reich: Goebbels berichtet am 15. März 1933 in seinem Tagebuch (x191/188):

>>Ich spreche zum ersten Mal vor der Pressekonferenz. Entwickle die Richtlinien einer neuen, modernen Zeitungspolitik. Auch hier muß gründlich aufgeräumt werden. Viele von denen, die hier sitzen, um öffentliche Meinung zu machen, sind dazu gänzlich ungeeignet. Ich werde sie bald ausmerzen.<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die "Presse" während des NS-Regimes (x051/454-455): >>Presse, im Dritten Reich Herrschaftsmittel und Indoktrinationsinstrument der Staatsführung zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele und Interessen, nicht mehr freier Träger öffentlicher Meinung.

Pressefreiheit wurde als liberalistische Verirrung diffamiert, Journalisten (Schriftleiter-)tätigkeit als Aufgabe im Dienst von Volk und Staat definiert, die Ausübung des Verlegerberufs an Zuverlässigkeit und Eignung im Sinne des Nationalsozialismus geknüpft.

Ziel der nationalsozialistischen Pressepolitik war es, sämtliche publizistische Produkte und ihre Produzenten politisch und möglichst auch ökonomisch in die zentrale Abhängigkeit des Staates zu bringen und so die Öffentlichkeit zu beherrschen. Nach der endgültigen Suspendierung des in der Endphase der Weimarer Republik schon durch Notverordnungen eingeschränkten Grundrechts der Pressefreiheit durch die Reichstagsbrandverordnung und Unterdrückung der Links-Presse wurden Presselenkung und -kontrolle von der Presseabteilung im

Propagandaministerium organisiert und koordiniert.

Unter Staatssekretär Funk, 1938 unter dessen Nachfolger O. Dietrich, beide in Personalunion zugleich Pressechefs der Reichsregierung, Dietrich auch Reichspressechef der NSDAP, wurde sie seit 29.5.33 - März 36 von Kurt Jahncke, 1936 - November 38 von Alfred-Ingemar Berndt, dann von Fritzsche und von November 42 an von Erich Fischer geleitet.

Nachrichtenmaterial mußte vom Deutschen Nachrichtenbüro (DNB) und der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz (NSK) bezogen werden. Mündlich instruiert wurden die großen deutschen Tageszeitungen auf der Berliner Pressekonferenz, Presseanweisungen an die Provinzblätter erfolgten über die Reichspropaganda-Ämter.

Außerdem gab es Zeitschriftenkonferenzen, Kultur- und Wirtschaftspressekonferenzen und Sonderkonferenzen bei besonderen Anlässen; unverkennbar ist bereits vor dem Krieg die Entwicklung zu einer immer mehr ins Einzelne gehenden Reglementierung. Für die Anweisung von Zeitschriften wurde 1939 der Zeitschriftendienst organisiert. Mit dem 26.8.39 kam die Einführung der militärischen Zensur.

Das Schriftleitergesetz band die leitenden Redakteure an die staatlich verfügte Pressepolitik. Die berufsständische Zwangsorganisation von Journalisten und Verlegern war innerhalb der Reichskulturkammer die Reichspressekammer. Im ökonomischen Bereich wurde schrittweise die Konzentration fast aller Presseverlage in der Hand der NSDAP erreicht.

Entschädigungslos zu Gunsten der Parteipresse enteignet wurden die Presseunternehmungen von SPD, KPD und Gewerkschaften, die bürgerlichen aber anfangs noch in gewissem Umfang toleriert, da die von radikalen Parteigruppen geforderte sofortige Ablösung durch die Parteipresse noch nicht zu leisten war und außen- wie innenpolitische Rücksichten, z.B. auf die deutsch-nationalen Interessen, mitspielten. Es folgten die Sanierung und Reorganisation der Parteipresse und 1935 die Errichtung der Reichspresseschule in Berlin zur Ausbildung des journalistischen Nachwuchses.

Mittel zur systematischen Liquidierung noch konkurrierender Privatverlage der katholischen Presse und der Provinzpresse sowie der Konzerne der Generalanzeiger-Presse wie Huck, Girardet und Leonhardt waren dann die Amann-Verordnungen vom 24.4.35. Sie ermöglichten Zwangsschließungen und kaschierten Aufkäufe über scheinbar neutrale Holding- und Finanzierungsgesellschaften, die Amanns Stabsleiter R. Rienhardt und M. Winkler organisierten. Nur Teile des Hugenberg-Konzerns blieben bis 1944 bestehen.

Drei teils politische, teils kriegsbedingte Zeitungsstillegungsaktionen (Mai 41, Februar/April 43, Juli/August 44) reduzierten schließlich den Anteil privateigener Zeitungen an der Reichsaufgabe Oktober 44 auf 17,5 %. Auch die wenigen Wochenzeitungen und Illustrierten, die es 1944 noch gab, befanden sich sämtlich in Parteibesitz. Die Zeitschriften wurden bis auf einen geringen Rest eliminiert (Oktober 44 auf 10 % des Bestands von 1939).

Schwächen der Presselenkung waren begründet im charakteristischen Strukturprinzip des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, Funktionen bis zur Unüberschaubarkeit aufzusplitteln und auf allen Ebenen die Personalunion von Partei- und Staatsfunktionären herzustellen. Die Folge waren Kompetenzüberschneidungen und Rivalitäten, so v.a. zwischen Goebbels, Amann und Dietrich oder zwischen Propagandaministerium und Auswärtigem Amt. Im Wesentlichen aber wurde das Ziel einer gleichgeschalteten Öffentlichkeit ungeachtet des Widerstands kleiner Gruppen auf dem Pressesektor erreicht.

Das Ergebnis war eine schon früh von Goebbels selbst beklagte Uniformität der Presse in Aussage und Aufmachung, die vor 1939 zur Leserflucht aus den reglementierten Presseorganen führte; erst das erhöhte Informationsbedürfnis im Krieg ergab wieder Auflagensteigerungen.

Um einzelne Bevölkerungsgruppen und das Ausland zu gewinnen, wurde deshalb in streng fixierten Grenzen offiziell zum Zweck der Manipulation ein gewisser "Meinungspluralismus"

geduldet. Differenziertere Äußerungsweisen der Presse zu aktuellen Fragen und politischen Situationen sind in diesem Zusammenhang zu sehen: Ein Spiel mit verteilten Rollen wurde inszeniert, in dem noch verbliebene bürgerliche Presseorgane wie die "Frankfurter Zeitung" oder nationalsozialistische Neugründungen wie "Das Reich" ebenso eingeplant waren wie "Der Stürmer" und "Das Schwarze Korps".<<

17.03.1933

Deutsches Reich: Hitler läßt am 17. März 1933 zu seinem persönlichen Schutz die Leibstandarte SS Adolf Hitler (LAH) in Berlin aufstellen.

Es handelt sich bei dieser bewaffneten Leibwache Hitlers um eine militärische Elitetruppe.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Leibstandarte-SS Adolf Hitler" (x051/349): >>Leibstandarte-SS Adolf Hitler (LAH), am 17.3.33 aus 120 Mann der ehemaligen Münchener Leibwache Hitlers gebildete bewaffnete SS-Truppe, zunächst unter der Bezeichnung SS-Stabswache Berlin, dann Wachbataillon Berlin und ab September 33 Leibstandarte-SS "Adolf Hitler", kaserniert in der ehemaligen Hauptkadettenanstalt Berlin-Lichterfelde.

In erster Linie für den persönlichen Schutz Hitlers zuständig, übernahm die LAH unter ihrem Kommandeur Josef ("Sepp") Dietrich (bis Juli 43) auch Sicherungsaufgaben und diente als Repräsentationsgarde des Dritten Reiches (u.a. Innendienst in der Reichskanzlei). Sie wurde am 9.11.33 auf Hitler persönlich vereidigt und so gegen die Verfassungsbestimmungen Privatarmee des Reichskanzlers.

Mit Unterstützung der Reichswehr übernahm sie in der Röhme-Affäre die Hauptaufgaben bei der Verhaftung und Liquidierung der SA-Führer in Bayern und Berlin. Ihr "Erfolg" bei dieser polizeistaatlichen Aktion führte zum Zusammenschluß mit den Politischen Bereitschaften zur SS-Verfügungstruppe, in deren Rahmen die LAH bis 1938 auf die Stärke eines motorisierten Infanterieregiments gebracht wurde.

Nach dem Polenfeldzug in die Waffen-SS eingegliedert, wurde die LAH 1940 Brigade und 1941 Division (9.9.42 SS-Panzer Grenadierdivision, Februar 44 1. SS-Panzerdivision). Sie galt in der Waffen-SS als Elitetruppe und machte durch oft überharte Kampfführung auf allen Kriegsschauplätzen von sich reden. Ihr Ende kam im April 45 in Österreich.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Joseph Dietrich (x051/127-128): >>Dietrich, Joseph ("Sepp"), geboren in Hawangen (Oberbayern) 28.5.1892, gestorben in Ludwigsburg 24.4.1966, deutscher SS-Obergruppenführer (1.8.44); Fleischerlehrling, 1911 Eintritt ins bayerische Heer, im 1. Weltkrieg Feldwebel, danach Wachtmeister im Polizeidienst.

Dietrich, der 1923 zur SA stieß, wurde nach dem Hitlerputsch entlassen, übernahm Gelegenheitsarbeiten und trat 1928 der NSDAP bei. Nach dem überraschend hohen Wahlerfolg vom 14.9.30 kam er für Niederbayern in den Reichstag, wurde 1931 SS-Brigadeführer und stellte am 17.3.33 die SS-Stabswache Berlin auf, Kern der im September 33 etablierten Leibstandarte-SS "Adolf Hitler" (LAH), deren Kommandeur Dietrich bis Juli 43 blieb. Für seine Verdienste um die "Bereinigung" der Röhme-Affäre, als er in München die Erschießung hoher SA-Führer leitete, wurde er zum SS-Obergruppenführer befördert. Hitler sprach anerkennend von seiner "Mischung von Schlaueit und von Rücksichtslosigkeit und Härte".

Mit seiner LAH zog Dietrich im Rahmen der Waffen-SS in den Krieg, konnte aber seine militärischen Führungsmängel nur unvollkommen durch mitreißende Popularität ausgleichen. Als Kommandierender General des I. SS-Panzerkorps (27.7.43 - 24.10.44) erhielt er die Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern. Als Oberbefehlshaber der 6. SS-Panzerarmee (Oktober 44 - Kriegsende) trug Dietrich Mitverantwortung für das Massaker an US-Kriegsgefangenen während der Ardennenoffensive und wurde dafür im Malmedy-Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt.

Verfahrensmängel führten zur Herabsetzung des Strafmaßes auf 25 Jahre 1950 und zur Begnadigung am 22.10.55. Am 14.5.57 erneut zu 18 Monaten Haft wegen Totschlags während der Röhm-Affäre verurteilt, kam Dietrich im Februar 59 endgültig frei.<<

18.03.1933

Deutsches Reich: Goebbels erläutert am 18. März 1933 die künftigen Aufgaben der Presse (x239/56): >>Meine Herren!

Sie werden auch einen Idealzustand darin sehen, daß die Presse so fein organisiert ist, daß sie in der Hand der Regierung sozusagen ein Klavier ist, auf dem die Regierung spielen kann, daß sie ein ungeheuer wichtiges und bedeutsames Massenbeeinflussungsinstrument ist, dessen sich die Regierung bedienen kann. ...<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die "Presseanweisungen" des NS-Regimes (x051/455): >>Presseanweisungen, verbindliche, streng vertrauliche, staatliche Direktiven und Sprachregelungen, die der deutschen Tagespresse für die Aufnahme, Gestaltung und Plazierung von Nachrichten und Kommentaren ab Juli 33 täglich auf der Berliner Pressekonferenz von der Presseabteilung des Propagandaministeriums übermittelt wurden.

Sie stellten die Zusammenfassung der in Vorkonferenzen ermittelten sachlichen und politischen Forderungen betroffener Behördenstellen dar. Anweisungen an Provinzpresse und Zeitschriften erfolgten fernschriftlich über die Landesstellen des Propagandaministeriums (ab 1937 Reichspropagandaämter), für Zeitschriften auch auf Reichszeitungskonferenzen und ab 9.5.39 durch den Zeitschriftendienst. Unbedingt zu übernehmende Themen wurden hier doppelt umrandet, zu übernehmende Texte erhielten das Kennwort "Ausrichtung".

Anstelle der Einzelanweisungen wurde ab November 40 für die Tagespresse die "Tagesparole des Reichspressechefs" diktiert und durch mündliche Informationen und weitere Sprachregelungen ergänzt.<<

20.03.1933

Deutsches Reich: Am 20. März 1933 läßt Himmler in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager in Süddeutschland errichten.

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schreibt später über Heinrich Himmler in den Jahren 1900-1939 (x051/254-256): >>Himmler, Heinrich, geboren in München 7.10.1900, gestorben (bei) Lüneburg 23.5.1945, deutscher Politiker.

Himmler wuchs in einem katholisch-bürgerlichen Haus auf, der Vater war Gymnasiallehrer. Nach Notabitur Kriegsfreiwilliger, kam Himmler nicht mehr an die Front und studierte von 1919-22 Landwirtschaft an der TH München; Abschluß mit Diplom, anschließend Landwirtschaftlicher Assistent in Schleißheim.

Konservativ geprägt, suchte er mit dem Ehrgeiz des militärisch Zuspätgekommenen im nationalen Kampfbund "Reichsflagge" Anschluß und Betätigung, stieß dann zur Hitler-Bewegung und nahm am Hitlerputsch als einer der Fahnenträger teil.

In Hitlers persönliches Kraftfeld geriet er erst nach dessen Entlassung aus der Landsberger Festungshaft 1924. Vorgeprägt von Glaubensgeborgenheit als Lebensfundament, aber doch nicht gefestigt im Katholizismus, übertrug Himmler seine geistige Heimatsuche bedingungslos auf Hitler und die nationalsozialistische Weltanschauung. Mitentscheidend wurde hierbei der Berufsweg des Landwirts in einer Zeit, in der sich der Blut-und-Boden-Mythos in nationalen Kreisen stark entwickelte.

Himmler fand Zugang zur bündischen Bewegung der Artamanen und wurde 1925 Gauführer darin. Die allgemeinen nationalsozialistischen Ideen von Volk und Rasse fanden für den Mittzwanziger in den Elementen landsässiger Kultur, Brauchtum, Höherzüchtung, Auslese und Neogermanentum konkrete Anwendung und Anschaulichkeit.

Der Agrarfachmann wurde in den Denkkategorien seines erlernten Berufs zum Apostel rassischer Neubesinnung, aber weit mehr als sein Führer mit sektiererischem Einschlag. Wo Hitler

nur allgemeine Ziele absteckte und Direktiven wies, ging Himmler mit pedantischer Genauigkeit und pädagogischem Eifer daran, die Richtlinien des Meisters mit Inhalt zu füllen.

Das Instrument dafür fand er in der Elitetruppe der Schutzstaffel (SS). Hervorgegangen aus der persönlichen Stabswache des Parteiführers (1921) innerhalb der paramilitärischen SA, führte die SS ihren Eigennamen ab 1925, blieb aber integraler Bestandteil der SA unter deren Führung.

Himmler, der zunächst mit allgemeinen Parteiaufgaben hervortrat – 1925: Geschäftsführer Gau Niederbayern, stellvertretender Gauleiter und Propaganda-Obmann Oberbayern-Schwaben –, wurde 1927 zum stellvertretenden Reichsführer SS ernannt. Die SS umfaßte nur wenige hundert Mann. Doch Himmlers organisatorisches Talent, sein Fleiß, die ideologische Unbeirrtheit, unbedingte Führertreue und skandalfreie Lebensführung mußten frühzeitig auffallen und ihn für Beförderungen qualifizieren. Schon 1929 wurde er (der dritte und zugleich letzte) Reichsführer SS.

Himmler wollte sein rassisches Idealbild in der SS verkörpert sehen. Seine Richtlinien für Auswahl und Nachwuchs legten strenge "arische" Kriterien fest: nach Abstammung, "erbbiologische" Gesundheit, Wuchs, Gesichtsschnitt.

Der leidenschaftliche Personalpolitiker Himmler prüfte am liebsten selber Paßbilder mit der Lupe, so wenig sein eigener Typus (mittelgroß, dunkelhaarig, kurzsichtig, fliehendes Kinn) nordischen Idealanschauungen entsprach. Das Bewußtsein des Elitecharakters der SS ließ Himmler hochmütig herabblicken auf die grob-biedereren Straßenkämpfernaturen, die das Normalbild in der SA ausmachten. Gleichwohl zeigen ihn die Fotos der frühen 30er Jahre loyal, mit undurchdringlichem Gesichtsausdruck, im zweiten Glied hinter dem SA-Führer Röhm.

Die Wende des Jahres 1933 bedeutete für Himmler zunächst keinen Aufstieg, der mit dem sichtbaren Vorankommen der anderen Hitler-Granden vergleichbar war. Er wurde Polizeipräsident in München. Doch mit Umsicht und vorausplanender Weitsicht nutzte er die Chance zielstrebig; denn hier hatte er einen Zipfel staatlicher Exekutive gefaßt.

Von München aus unterwarf er sich die politische Polizei erst Bayerns, dann aller deutschen Länder mit Ausnahme Preußens, wo Ministerpräsident Göring die Geheime Staatspolizei (Gestapo) unter eigener Kontrolle hielt. Himmlers rechte Hand wurde Heydrich, der ab 1931 den SS-internen Sicherheits- und Nachrichtendienst (SD) aufbaute.

1934 ernannte Göring Himmler zum stellvertretenden Chef der Gestapo in Preußen. Dieser Schlüsselposten eröffnete Himmler und Heydrich den Eintritt ins Machtzentrum. Zugleich gab er ihnen Gelegenheit, die schwelende Röhm-Affäre zur Reife zu bringen. Mit eigens zubereitetem Material überzeugten sie Hitler von angeblichen Putschabsichten der SA. Nach Röhm's Beseitigung wurde die SS aus der Vormundschaft der nun domestizierten SA gelöst und zur selbständigen Organisation (25.7.34) erhoben.

Dem ersten entscheidenden Schritt in die Machtelite des Dritten Reiches folgte der zweite am 17.6.36, als dem Reichsführer außerdem die gesamte Polizei im Reich unterstellt wurde (Titel: Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei). Damit hatte Himmler zusätzlich zu seiner inzwischen 50.000 Mitglieder zählenden SS den ganzen staatlichen Sicherheitsapparat in der Hand. Ein alles durchdringendes Kontroll- und Überwachungssystem war ihm verfügbar geworden bzw. entstand jetzt in konsequentem Ausbau der Machtmittel.

Himmler schuf einen Staat im Staate, ein wucherndes Gebilde verschlungener Kompetenzen, zwischen denen Himmlers bürokratischer Verstand den vollen Durchblick und sein Machtinstinkt die uneingeschränkte Aufsicht behielt. Das Imperium der SS reichte von den Nachwuchsanstalten (Junkerschulen) und Aufzuchtstätten (Lebensborn) über das Millionenheer der Ordnungspolizei bis zum gewaltigen Komplex der Konzentrationslager (KZ) unter der Befehlsgewalt der Totenkopfverbände.

Jedes der SS-Hauptämter, vom persönlichen Stab des Reichsführers bis zum Ressort "Festigung des deutschen Volkstums" (dies erst im Krieg), war einem Obergruppenführer unterstellt, Himmlers Generalität. Inmitten der Riesenmaschinerie rotierte leise und besonders effektiv der Motor, den Heydrich bediente. Seinem Ressort, dem Reichssicherheitshauptamt, unterstanden u.a. der Sicherheitsdienst (SD) sowie die Sicherheitspolizei mit den Abteilungen Kripo und Gestapo. ...<<

21.03.1933

Deutsches Reich: Am 21. März 1933, 62 Jahre nach der Eröffnung des ersten Reichstages des "Zweiten Deutschen Reiches" im Jahre 1871, eröffnet das NS-Regime mit einem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche den ersten Reichstag des "Dritten Deutschen Reiches".



Abb. 65 (x296/129): Hitler begrüßt Hindenburg am 21.03.1933 bei einem Staatsakt in Potsdam.

Adolf Hitler (1889-1945, lebte bis 1912 als Gelegenheitsarbeiter und Zeichner in Wien, nahm als Gefreiter im deutschen Heer am Ersten Weltkrieg teil, nach dem gescheiterten Putsch in München vom 8./9.11.1923 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, bereits im Dezember 1924 aus der Haft entlassen, erhielt erst am 25. Februar 1932 nach mehreren vergeblichen Versuchen die deutsche Staatsbürgerschaft, wurde am 30.1.1933 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt).

Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Hitlers riskanten Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Reichskanzler Hitler sagt während seiner Regierungserklärung am 21. März 1933, die vom Rundfunk übertragen wird (x032/33): >>... Am 5. März hat sich das deutsche Volk entschieden und in seiner Mehrheit die nationale Regierung bestätigt, in einer einzigartigen Bewegung hat es in wenigen Wochen die nationale Ehre wieder hergestellt und Dank Ihrem Verstehen, Herr Reichspräsident, die Vermählung vollzogen zwischen den Zeichen der alten Größe und der jungen Kraft.

Indem nun aber die nationale Regierung in dieser feierlichen Stunde zum ersten Male vor den

neuen Reichstag hintritt, bekundet sie zugleich ihren unerschütterlichen Willen, das große Reformwerk des Umbaus des deutschen Volkes und des Reiches in Angriff zu nehmen und entschlossen durchzuführen.

Wir wollen wieder herstellen die Einheit der deutschen Nation. Wir wollen wahren unser Volkstum, die Grundlagen unseres Lebens. Wir wollen die große Vergangenheit unseres Volkes pflegen als unversiegbare Quelle einer wirklichen inneren Stärke ...

Aufbauen wollen wir eine wahre Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, Berufen und den bisherigen Klassen. Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muß wieder werden ein deutsches Volk. Es soll dann für ewige Zeiten in seine eigene treue Verwahrung nehmen unseren Glauben und unsere Kultur, unsere Ehre und unsere Freiheit. ...

Möge uns ... auch die Vorsehung verleihen jenen Mut und jene Beharrlichkeit, die wir in diesem für jeden Deutschen geheiligten Raum um uns spüren als für unseres Volkes Freiheit und Größe ringende Menschen zu Füßen der Bahre seines größten Königs.<<

Ein Zeitzeuge aus Leipzig berichtet später über den NS-Reichstag von Potsdam (x245/369-370): >>Der "Tag von Potsdam"!

Ein Flaggenmeer in allen Straßen (in Leipzig).

Auch wir konnten uns nicht ausschließen. Ich holte also die alte schwarz-weiß-rote Fahne aus dem Weltkrieg vom Boden herunter und hisse sie. Die schwarz-rot-goldene, das gute, geschändete, verratene und niemals genug geschätzte Stück wanderte dafür auf den Boden.

Am Vormittag Übertragung der Feiern in Potsdam über den Rundfunk. Alles geschickt, eindrucksvoll, ja hinreißend, jedenfalls für die Massen.

Aber auch wir können und dürfen die Augen nicht verschließen vor dem, was hier geschieht. Heute und hier gelang die Vermählung, wenn nicht für ewig, so doch auf Zeit, zwischen den von Hitler geführten Massen und dem "Geist von Potsdam", dem Preußentum, repräsentiert durch Hindenburg.

Welche großartige Inszenierung durch den Meisterregisseur Goebbels!

Die Fahrt Hindenburgs, der Regierung und der Abgeordneten geht von Berlin bis Potsdam durch ein einziges geschlossenes Spalier jubelnder Millionen. Ganz Berlin scheint auf der Straße zu sein.

Regierung und Abgeordnete gehen von der Nikolai- zur Garnisonskirche zu Fuß. Glockenläuten und Kanonenschießen. Hindenburg betritt mit Hitler zusammen die Garnisonskirche. Der Rundfunksprecher weint fast vor Rührung.

Dann verliest Hindenburg seine Botschaft. Einfach stark, aus schlichtem Herzen kommend und deshalb wohl zu schlichten Herzen sprechend.

Allein die Tatsache, daß ein Mann dasteht, der Generationen deutscher Geschichte vereinigt, der 66 mitkämpfte, 71 bei der Kaiserkrönung in Versailles dabei war. 14 bis 18 zum Nationalhelden emporwuchs, dem keine verlorene Schlacht und kein verlorener Weltkrieg bei unserem merkwürdigen Volk etwas an Popularität nehmen konnten, den im Gegenteil erst die Niederlage zu mythischer Verklärung erhob, der dann als Greis noch einmal und schließlich ein zweites Mal die Führung des Reiches übernahm, nicht aus Eitelkeit oder Machtsucht, sondern zweifellos aus preußischem Pflichtgefühl – er vollzieht nun, kurz vor dem Grab, die Vermählung seiner Welt mit der neu aufgestiegenen, die der österreichische Gefreite Hitler repräsentiert.

Dann spricht Hitler. Es ist nicht zu leugnen: er ist gewachsen. Aus dem Demagogen und Parteiführer, dem Fanatiker und Hetzer scheint sich – für seine Gegner überraschend genug – der wirkliche Staatsmann zu entwickeln. also doch ein Genie, in dessen rätselhafter Seele ungeahnte und unerhörte Möglichkeiten liegen?

Die Regierungserklärung zeichnet sich durch auffallende Mäßigkeit aus. Kein Wort des Hasses auf die Gegner, kein Wort von Rassenideologie, keine Drohung nach innen oder außen.

Nur was sie wollen, davon spricht Hitler.

Erhaltung der großen Tradition unseres Volkes, Festigkeit der Regierung statt ewigen Schwankens, Berücksichtigung aller Erfahrungen im Einzel- und Gemeinschaftsleben, die sich in Jahrhunderten als nützlich für die Wohlfahrt der Menschen erwiesen haben.

Hindenburg legt an den Gräbern der preußischen Könige Kranze nieder. Der greise Feldmarschall reicht seinem Gefreiten aus dem Weltkrieg die Hand. Der Gefreite neigt sich tief über die Hand des Feldmarschalls. Kanonen donnern über Potsdam – über Deutschland.

Niemand kann sich der Erschütterung entziehen. Auch Vater ist tief beeindruckt. Mutter stehen die Tränen in den Augen. Ich gehe schweigend aus dem Zimmer, aus dem Haus, hinaus in den Wald. Ich muß allein sein.

Am Abend eine stille Stunde mit M. Er ist völlig unberührt von den Geschehnissen des Tages, wie wenn ihn eine dichte Schutzhaut umgäbe. Er hält alles nur für abgekartetes Theater, wird keinen Augenblick schwankend in seiner instinktiven Abneigung.

"Ihr werdet's schon noch erleben!" sagt der 21jährige. Ich schweige beschämt und zerrissen. ...<<

Joseph Goebbels berichtet am 21. März 1933 über den Tag von Potsdam (x032/34): >>Der große Tag von Potsdam wird unvergeßlich sein in seiner historischen Bedeutsamkeit.<<

Der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning berichtet später über die Potsdamer Feier (x032/34): >>Sie war für mich das Niederdrückendste seit dem Einmarsch nach Deutschland 1918. Das Volk war in einem Rausch, die Abgeordneten ebenfalls, der Reichspräsident wachsbleich.<<

In den Volksschulen in Sachsen heißt es später im Unterricht über den "Tag von Potsdam" (x032/34): >>Die Arbeit beginnt im Aufblick zu Gott. Der große Führer des Volkes zeigt Ziel und Weg. Die Kranzniederlegung am Sarge Friedrichs des Großen mahnt an die quellende Kraft in den großen Männern der deutschen Geschichte. Die Parade, ein Ausfluß wehrdeutschen Heldengeistes. Die Begeisterungsfähigkeit des deutschen Volkes. Gott, Führertum, Wehrkraft, begeisterungsfähiges Volkstum, die leuchtenden Fackeln zum Aufstieg Deutschlands ...

Der Geist von Weimar ... ist der Geist der Feigheit, der Gottlosigkeit, der Gleichgültigkeit gegen das Vaterland, der Herabsetzung der Arbeitsfreudigkeit, der Zersetzung und der Ichsucht. ...

Nur in der Gefolgschaft unseres großen Führers ist Dein wahres Glück. Folge auch Du ihm und hilf mit bauen an seinem Werk, das heißt Deutschland! ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Tag von Potsdam (x051/-452): >>Potsdam, Tag von, die preußische Residenzstadt vor den Toren Berlins wurde von Hitler und Goebbels zum Schauplatz für die feierliche Eröffnung des am 5.3.33 gewählten Reichstages ausersehen; als Termin setzten sie den 21.3. fest, das gleiche Datum, an dem 62 Jahre zuvor Bismarck den ersten Reichstag des "Zweiten Reiches" eröffnet hatte.

Die vom Rundfunk in voller Länge übertragene Inszenierung, bei der nur KPD und SPD fehlten, zielte darauf ab, das Dritte Reich als legitimen Erben des Kaiserreiches zu inthronisieren und Bedenken wegen der revolutionären Begleiterscheinungen der Machtergreifung zu zerstreuen.

Der "Tag von Potsdam" wurde eingeleitet mit Gottesdiensten für die evangelischen Abgeordneten (darunter Göring u.a.) in der Nicolaikirche (Predigt Dibelius) und für die katholischen in der Pfarrkirche. Hitler und Goebbels blieben dem Hochamt fern und brandmarkten so den deutschen Episkopat als Saboteur an der "nationalen Erhebung", weil er am Bann gegen die Nationalsozialisten festhalte.

Es folgte ein Staatsakt in der Garnisonkirche mit Ansprachen des Reichspräsidenten und Hitlers, der anders als seine uniformierten Parteigänger im Cut erschienen war. Ein feierlicher

Händedruck zwischen Präsident und Kanzler besiegelte die "Vermählung von alter Größe und neuer Kraft".

Hindenburg legte am Sarg Friedrichs des Großen einen Kranz nieder, während 21 Salutschüsse abgefeuert wurden, und nahm dann mit Hitler die Parade von Reichswehr, Polizei, SA, SS und Stahlhelm ab.

Der Tag endete mit Rückfahrt der Abgeordneten und Konstituierung des Reichstages in der Krolloper, der sich zwei Tage danach mit Annahme des Ermächtigungsgesetzes selbst entmachtete.

In Potsdam war die Grundlage zu diesem Sieg Hitlers gelegt worden, in Potsdam sollte zwölf Jahre später auch seine Niederlage besiegelt werden mit dem Potsdamer Abkommen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das Dritte Reich (x051/134-135): >>Drittes Reich, anfängliche Eigenbezeichnung des nationalsozialistischen Staates, die als Epochenbegriff für die deutsche Geschichte 1933-45 in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen ist.

Die Nationalsozialisten entlehnten das Schlagwort in den 20er Jahren einem Buchtitel von Moeller van den Bruck und meinten damit zunächst nur die Fortzählung Erstes Reich = Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation (962-1806), Zweites Reich = Hohenzollernreich (1871-1918), Drittes Reich = kommende Herrschaft Hitlers (Weimar galt als Zwischenreich). Gleichzeitig aber knüpften sie an christliche Heilserwartungen des Mittelalters an, das nach dem ersten Reich des Vaters und dem zweiten des Sohnes ein drittes Reich des Heiligen Geistes als Vollendung der Welt- und Menschheitsgeschichte ersehnte. Es sollte die Epoche der Versöhnung von Ideen und Wirklichkeit werden.

Dieser prophetische Entwurf ist vielfach abgewandelt worden, etwa im Werk des norwegischen Dichters Ibsen in der Verschmelzung von Antike und Christentum. Ewigkeitshoffnung (Tausendjähriges Reich) verband sich damit und der Ruf nach dem Messias, als der Hitler von der nationalsozialistischen Propaganda stilisiert wurde.

Doch so nützlich das Schlagwort Drittes Reich in der Phase des Machterwerbs war, so rasch nutzte es sich ab an der Wirklichkeit des real existierenden Nationalsozialismus und reizte zum Spott.

Am 10.7.39 verbot das Propagandaministerium der deutschen Presse die Benutzung des Begriffs und am 21.3.42 hieß es, wie die Briten mit dem Wort "Empire" müsse man künftig "mit dem Begriff 'Das Reich' das neue Deutschland in all seinen Besitzungen vor der Weltöffentlichkeit als geschlossene staatliche Einheit" aufzeigen. Mit dem imperialen Selbstverständnis des Nationalsozialismus als Vollender der deutschen Geschichte vertrat sich ein nummeriertes Reich nicht mehr.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das Tausendjährige Reich (x051/574): >>Tausendjähriges Reich, in der christlichen mittelalterlichen Geschichtsphilosophie Herrschaft Christi nach der ersten "Auferstehung der Gerechten", erwartet als Drittes Reich des Heiligen Geistes.

Die nationalsozialistische Propaganda münzte den Begriff um zum Schlagwort für die angebliche Vollendung der deutschen Geschichte durch den Nationalsozialismus (Drittes Reich). Hitler lehnte den Ausdruck ab, verkündete aber selbst auf dem Reichsparteitag 1934, es werde "in den nächsten tausend Jahren keine Revolution mehr in Deutschland" geben, und sagte z.B. bei Beginn des Westfeldzuges (10.5.40), dieser werde das deutsche Schicksal "für die nächsten tausend Jahre" bestimmen.

Trotz der Gewöhnung an inflationären Gebrauch großer Worte wurde der Begriff Tausendjähriges Reich in der Öffentlichkeit vielfach eher als lächerlich empfunden und bespöttelt.<<

Am Nachmittag des 21. März 1933 eröffnet Reichspräsident Hermann Göring in der Berliner Krolloper den neuen Reichstag (x032/33): >>... Weimar ist überwunden, der Geist von

Potsdam ... wird auch in dieser Stunde dem neuen Reichstag die Kraft geben, das Reich wieder aufzubauen, in alter Größe, in alter Würde, Ehre und Freiheit. ...

Wir geloben Ihnen (zum Reichskanzler Hitler gewandt) in dieser Stunde: Der Reichstag der nationalen Erhebung wird hinter Sie treten.<<

Der US-Botschafter Alan Sackett schreibt am 21. März 1933 an US-Außenminister Cordell Hull über das Nachgeben der SPD (x092/866): >>Das Ausbleiben eines energischen Widerstandes der preußischen Minister bei ihrer Kapitulation vor der "Machtpolitik" der Reichsregierung hat zu einem außerordentlich Prestigeverlust der Sozialdemokraten geführt.

Die Resignation, mit der der preußische Ministerpräsident Otto Braun ... die jüngsten Entwicklungen in Preußen hinnahm, vor allem seine Abreise in die Schweiz (ins Exil) und seine Weigerung, einen Abgeordnetensitz im Reichstag und im preußischen Landtag anzunehmen, haben der Partei einen sehr schweren Schlag versetzt.<<

Der "Völkische Beobachter" berichtet am 21. März 1933 über Errichtung des ersten Konzentrationslagers in der Nähe von Dachau (x128/160): >>Hier werden die gesamten kommunistischen und soweit dies notwendig ist Reichsbanner und (die) sozialdemokratischen Funktionäre zusammengezogen, da es auf die Dauer nicht möglich ist und den Staatsapparat zu sehr belastet, diese Funktionäre in den Gerichtsgefängnissen unterzubringen. Es hat sich gezeigt, daß es nicht angängig ist, diese Leute in die Freiheit zu entlassen, da sie weiter hetzen und Unruhe stiften. ...<<

Am 21. März 1933 sind 1,5 Millionen Deutsche Mitglieder der NSDAP (x032/34).

23.03.1933

Deutsches Reich: Während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages legt Reichskanzler Hitler am 23. März das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen kann, läßt Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte (x063/579), läßt Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes zu erhalten.

Am 23. März 1933 stimmen die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt ist und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchtert und massiv bedroht.

Vor dem Berliner Reichstag schreien am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76): >>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<

Hitler erklärt am 23. März 1933 bei der Vorlage des Ermächtigungsgesetzes im Deutschen Reichstag (x243/44): >>... Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen, ... wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandeln. ...

Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag ... aufzuheben; ... sie behält sich vor, ... wenn zweckmäßig, seine Zustimmung einzuholen. ...

Weder die Existenz des Reichstages noch des Reichsrates doll dadurch bedroht sein. Die Stellung und Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt. ... Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert.

Da die Regierung an sich über eine klare Mehrheit verfügt, ist die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetz Zuflucht zu nehmen, an sich eine begrenzte. Um so mehr besteht die Regierung der nationalen Erhebung auf der Verabschiedung dieses Gesetzes. ...

Sie bietet den Parteien des Reichstages die Möglichkeit einer ... Verständigung; sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen.

Mögen Sie, meine Herren, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg. ...<<

Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels ist zwar kein mitreißender Redner und unerschrockener Kämpfer, wie es z.B. die Politiker Rathenau und Stresemann waren, aber er hält am 23. März 1933 trotz der massiven persönlichen Bedrohung die letzte "freie Rede" im Deutschen Reichstag (x105/214-215): >>Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten)

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt.

Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als 2 Menschenaltern die Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist

(Lachen bei den Nationalsozialisten)

und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. ...

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrung nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten)

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. ...

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten - Lachen bei den Nationalsozialisten).<<

Im Verlauf dieser Rede unterbricht "Reichskanzler" Hitler mehrfach die Rede des SPD-Politikers und schreit drohend (x059/75): >>Ich brauche Ihre Stimme nicht. Deutschland wird frei

sein, aber nicht durch Sie. ... Deutschlands Stern ist im Aufsteigen, der Ihre im Untergehen. Ihre Stunde hat geschlagen! ...<<

Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnen, stimmt das Zentrum (73 Sitze) aufgrund von Hitlers mündlichen Zusagen, die er später jedoch nie einlöst, zu. Am 23. März 1933 wird das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gibt es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr.

Die gesetzlosen NS-Terroristen beenden ihren erfolgreichen Staatsstreich mit der sogenannten "NSDAP-Hymne", dem "Horst Wessel-Lied" (x049/102):

>>Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen,

SA marschiert mit ruhig festem Schritt.

Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen,

Marschier'n im Geist in unsern Reihen mit. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Horst-Wessel-Lied" (x051/271): >>Horst-Wessel-Lied, von Goebbels geprägte Bezeichnung für die Verse des SA-

Sturmführers Wessel, die "Der Angriff" am 23.9.29 veröffentlichte: "Die Fahne hoch ...".

Der Text wurde nach dem Tod des zum Märtyrer stilisierten Autors (23.2.30) zum offiziellen Parteilied der NSDAP und umrahmte - oft im Arrangement des Komponisten Hermann Blume: "Kamerad Horst Wessel" - Feierstunden und Parteitage.

Als Melodie hatte schon Wessel ein altes Matrosenlied herangezogen: "Zum letzten Mal wird zum Appell geblasen ..."

Nach 1933 wurde das Horst-Wessel-Lied zur zweiten Nationalhymne des Deutschen Reiches, die regelmäßig nach dem Deutschlandlied erklang. In der nationalsozialistischen Musiktheorie hieß es von dem dröhnenden Marsch-Gesang, das Horst-Wessel-Lied sei ein "aus dem Herzen der Nation geborenes Bekenntnislied".<<

Der NS-Staatsstreich

Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Hitler wußte, daß eine Zwangsherrschaft grundsätzlich nicht der Mentalität des deutschen Volkes entsprach und daß er unter "normalen Bedingungen" niemals demokratische Abstimmungen und Wahlen gewonnen hätte, deshalb mußten sofort alle möglichen Gegner des NS-Regimes beseitigt werden (Einrichtung von Konzentrationslagern etc.).

In jener Zeit gab es natürlich auch Millionen von jungen Idealisten und Schwärmern, die irrtümlich an Hitlers NS-Regime glaubten. Nach den bitteren Kriegs- und Nachkriegsjahren träumten diese naiven Phantasten von der Verwirklichung einer wahren, gerechten Volksgemeinschaft.

Die meisten Deutschen wollten jedoch lediglich alle Ungerechtigkeiten und früheren Feindschaften vergessen und gemeinsam die Folgen der Versailler Verträge beseitigen, aber der allgegenwärtige Terror des NS-Regimes zerstörte schon bald alle Hoffnungen und naiven Wunschträume.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhält von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943

Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

Der britische Botschafter Horace Rumbold (1869-1941) schreibt später an Außenminister John Simon über den NS-Staatsstreich (x092/866): >>Die Revolution hat sich im ganzen milde vollzogen. Obwohl zweifellos viele Menschen ermordet, eingekerkert oder mißhandelt wurden und Deutschlands guter Namen im Ausland ernsthaft gelitten hat, so hätte der Übergang doch blutiger sein können.

Die meisten Revolutionen sind von einer Terrorherrschaft begleitet, besonders wenn ein großer Teil des Volkes den Versuch unternimmt, auf seinem Kurs zu verharren. Im gegenwärtigen Fall bestand eine derartige Opposition nicht, und die Revolution hätte sich ganz friedlich und ohne alles Blutvergießen vollziehen können, wenn ihre Urheber entsprechend gesonnen gewesen wären. Dies war, wie wir wissen nicht der Fall.

Desungeachtet muß zugebilligt werden, wenn wir uns die Drohungen der Nationalsozialisten vor ein oder zwei Jahren ins Gedächtnis zurückrufen, daß die Opposition verhältnismäßig glimpflich davongekommen ist. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über das "Ermächtigungsgesetz" (x051/157-158): >>Ermächtigungsgesetz, am 23.3.33 unter der Bezeichnung "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vom Reichstag mit 444 gegen 94 Stimmen beschlossenes und tags darauf in Kraft getretenes Reichsgesetz.

Gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte nur die SPD. Es gab der Reichsregierung das Recht, Gesetze, inklusive Haushaltsgesetze, zu beschließen (Art. 1). Sie konnten von der Weimarer Verfassung abweichen (Art. 2) und statt vom Reichspräsidenten vom Reichskanzler ausgefertigt werden (Art. 3). Verträge des Reiches mit anderen Staaten bedurften nicht mehr der Ratifizierung durch das Parlament (Art. 4).

Das zunächst bis zum 1.4.37 befristete, 1937 (bis 1.4.41) und 1939 (bis 10.5.43) durch Beschluß des Reichstages, 1943 durch Führererlaß auf unbestimmte Zeit verlängerte Ermächtigungsgesetz setzte grundlegende Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaates außer Kraft (Gesetzgebungsrecht des Parlaments, Gebot der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen) und schränkte die Rechte des Reichspräsidenten ein. Zusätzlich mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33 bildete es die gesetzliche Grundlage für die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und legalisierte diese.

Zwar wurde das Ermächtigungsgesetz mit der vorgeschriebenen 2/3-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Reichstagsabgeordneten verabschiedet, in Wirklichkeit aber war nicht nur sein Inhalt, sondern auch das Zustandekommen verfassungswidrig:

Schon die Wahlen (5.3.) zum Reichstag waren nur noch bedingt frei,

Verhaftungen und andere Schikanen hielten zudem alle 81 KPD- und 26 der 120 SPD-Abgeordneten von der Sitzung am 23.3. fern,

bewaffnete SA- und SS-Wachen waren zur Einschüchterung potentieller Gegner des Ermächtigungsgesetzes im Saal aufgezogen.

So lehnte nur die SPD das Ermächtigungsgesetz ab, während das Zentrum (73 Sitze) erst nach langem Zögern zustimmte, nachdem Hitler (mündlich) Zusagen hinsichtlich einer nur beschränkten Anwendung des Ermächtigungsgesetzes (u.a. Sicherung der Rechte von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident sowie der Kirchen) gemacht hatte, die er aber nie einlöste.<<

Der deutsche Historiker Martin Broszat (1926-1989) schreibt später über den Terror des NS-Regimes im März 1933 (x129/35-36): >>Das Wahlergebnis vom 5. März bildete den Ausgangspunkt für die binnen einer Woche durchgeführte Gleichschaltung derjenigen Länder, die bisher noch nicht unter nationalsozialistischer Führung standen.

Die Ausschaltung des föderativen Gegengewichts gegen die in Berlin etablierte Hitler-Regierung war indessen auf dem Verordnungswege allein, selbst unter Bezug auf die Reichstagsbrand-Verordnung, schwerlich in Kürze zu erreichen. Hier zum erstenmal bedurfte es in entscheidendem Maße des Druckes der nationalsozialistischen Bewegung von unten.

Damit aber kam im März 1933 rasch eine terroristisch-revolutionäre Bewegung in Gang, die bald auf der ganzen Linie die der NSDAP durch die Regierungsbildung vom 30. Januar noch gezogene Machtgrenze durchbrach und die Entwicklung zur nationalsozialistischen Alleinherrschaft zunächst auf der Straße weitgehend usurpierte, ehe diese dann auch formell legalisiert wurde.

Unterstützt durch die ihnen nun auch außerhalb Preußens zugewiesenen hilfspolizeilichen Befugnisse, besetzten SA- und SS-Kommandos Rathäuser, Zeitungsredaktionen, Gewerkschaftsbüros, Konsumgenossenschaften, aber auch Finanzämter, Banken und Gerichte u.a.m., beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände und erzwangen die Absetzung oder Festnahme "unzuverlässiger" oder jüdischer Amtspersonen.

Unter dem Druck des öffentlichen Umschwungs, des Straßenterrors und der ultimativen Forderungen der nationalsozialistischen Verbände setzte in nahezu allen Behörden eine Welle von Zwangsbeurlaubungen und kommissarischen Neubesetzungen ein.

War der durch die Reichstagsbrand-Verordnung geschaffene Ausnahmezustand zunächst vor allem in Preußen fühlbar geworden, wo SA- und SS-Hilfspolizei schon in der Woche vor der Reichstagswahl vielfach auf eigene Faust Jagd auf Kommunisten und andere Gegner gemacht hatte und zahlreiche weitere Personalveränderungen vor allem in leitenden Positionen der Polizei erzwungen worden waren, so kam es jetzt überall zu ähnlichen Erscheinungen.

Die Personalunion zwischen der Führung der lokalen Kampfverbände der NSDAP und der Führung der staatlichen Polizei pervertierte die "Ordnungsaufgabe" der Polizeigewalt mehr und mehr zum terroristischen Instrument der Partei.<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später über den "internen" NS-Terror im März 1933 (x075/73-74): >>... Die Sozialisten stimmten mit Nein, die Kommunisten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Die anderen sagten Ja, teilweise aus Angst. Wie so viele Vereine und Gruppierungen Ja sagen werden – entweder aus tatsächlicher Anhängerüberzeugung oder in der Hoffnung, verschont zu bleiben, wenn sie zulassen, daß der Nachbar verprügelt wird. ...

Aber dem Grauen geht der Terror voraus. Und kein beliebiger Polizeiterror. Die ersten, im Frühjahr 1933 eingerichteten Konzentrationslager dienten nicht nur dazu, die Regimegegner aus dem Verkehr zu ziehen – wie beispielsweise den jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Kurt Schumacher, der im Reichstag den Nationalsozialismus als "Aufruf an den inneren Schweinehund im Menschen" charakterisiert hatte.

Die Inhaftierung hatte auch die Erniedrigung, die Entwürdigung zum Ziel und bedeutete physische Qualen. So litten und starben Hunderttausende von Deutschen in Buchenwald und anderswo, noch bevor die ersten Deportationstransporte aus dem Ausland ankamen.

Die Brutalität im eigenen Land ging also der Brutalität eines Krieges voraus, in dem Abermillionen von Menschen sterben sollten ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Errichtung der NS-Diktatur (x057/231-232): >>Die eigentliche "nationale Revolution" begann erst nach den Reichstagswahlen vom März 1933. Sie brachte der Koalition eine knappe Mehrheit von 52 Prozent. Nach einem Staatsakt in Potsdam folgte das Ermächtigungsgesetz. Mit großer Mehrheit (444 gegen 94 Stimmen der SPD – die KPD war nach dem Reichstagsbrand ausgeschaltet -) erteilte der Reichstag dem Reichskanzler die Vollmacht, Gesetze auch ohne Reichstag und Reichspräsidenten zu erlassen. ...

Nun begann schlagartig der Aufbau der Diktatur, begleitet von Verboten, Verfolgungen und

Auflösungen (Judenboykott, Auflösungen der Gewerkschaften und Parteien). Darauf folgte das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich und das Reichsstatthaltergesetz.

Damit war ein Einheitsstaat geschaffen, nachdem später auch die Landtage und der Reichsrat aufgelöst wurden. Das "Führerprinzip" des "Führers und Reichskanzlers", wie nunmehr der offizielle Titel lautete, war somit von der Partei auf den staatlichen Sektor übertragen worden (Einheit von Staat und Partei). Die NSDAP blieb als einzige Partei bestehen und sollte mit ihren zahlreichen Gliederungen, die schließlich alle Berufe und Gruppen des deutschen Volkes umfaßte, die "den Staat tragende Säule" bilden.

Eine Geheime Staatspolizei (Gestapo) und ein Sicherheitsdienst der Partei (SD) sollten die Sicherheit des Staates garantieren. Es begann im Laufe der Jahre eine Welle von Verhaftungen und Verfolgungen und Überwachung Andersdenkender mit den berüchtigten Konzentrationslagern (KZ) bis zu der grauenvollen Vernichtung der Juden, die seit den "Nürnberger Gesetzen" unter Ausnahmerecht gestellt waren. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Errichtung der totalitären NS-Diktatur (x051/-368): >>(Machtergreifung) ... Der 30.1.33, von der NSDAP als "nationale Erhebung" und Beginn der "nationalsozialistischen Revolution" gefeiert, war in Wirklichkeit erst der Anfang der Machtergreifung: In den folgenden Monaten wurde in Deutschland die Demokratie endgültig beseitigt und in mehreren Etappen eine totalitäre Diktatur errichtet:

1. Schon im Februar begann unter Leitung Görings und mit Hilfe von SA und SS (ab 11.2. in Preußen "Hilfspolizei") die Ersetzung demokratischer durch nationalsozialistische Beamte, abgesichert durch das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.

2. Der Reichstagsbrand am 27.2. lieferte den Vorwand zum Verbot der kommunistischen und z.T. auch der sozialdemokratischen Presse und für die Reichstagsbrandverordnung vom 28.2., die wichtige Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzte. Tatsächliche und angebliche Gegner des Nationalsozialismus wurden in "Schutzhaft" genommen. Dies und die gleichzeitige Errichtung der ersten KZ sowie der Boykott jüdischer Geschäfte am 1.4. markierten den Beginn des nationalsozialistischen Terrorsystems.

3. Schon am 1.2. war, aufgrund einer Vereinbarung bei Bildung der Regierung Hitler, der Reichstag aufgelöst worden. Obwohl der folgende Wahlkampf die Grundsätze einer freien Wahl verletzte (KPD faktisch verboten, Wahlwerbung insbesondere der SPD erheblich eingeschränkt), gewann die NSDAP "nur" 288 Sitze (von 647) und 43,9 %, so daß es zur absoluten Mehrheit nur zusätzlich mit der DNVP (52 Sitze) reichte. Am "Tag von Potsdam" am 21.3. wurde der neue Reichstag im Beisein des Reichspräsidenten feierlich und mit großem Pomp, der die Verbindung des alten (preußisch-monarchischen) mit dem neuen (nationalsozialistischen) Deutschland symbolisieren sollte, in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet.

4. Mit der Einsetzung von nationalsozialistischen Reichskommissaren als Leiter der Exekutive in den Ländern zwischen 5. und 10.3. begann deren Gleichschaltung. Das Deutsche Reich wurde Einheitsstaat.

5. Das Ermächtigungsgesetz vom 24.3. beseitigte endgültig den Rechtsstaat.

6. Am 2.5. wurden die Gewerkschaften verboten, am 10.5. Arbeitnehmer und -geber in der Deutschen Arbeitsfront zwangsvereinigt.

7. Im Juni und Juli 33 wurden die noch bestehenden Parteien verboten oder lösten sich unter nationalsozialistischem Druck auf; die Neubildung von Parteien verbot das Gesetz vom 14.7. Das Deutsche Reich war ein Einparteienstaat geworden, durch Gesetz "zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" am 1.12.33 legalisiert.

8. Das Reichskulturkammergesetz vom 22.9. und das Schriftleitergesetz vom 4.10. leiteten die kulturelle Gleichschaltung ein.

9. Schon vorher war auch die Reichsregierung faktisch gleichgeschaltet worden: Die nicht der NSDAP angehörenden Minister waren ausgeschieden und durch Nationalsozialisten ersetzt

worden, als neues Ministerium kam das Propagandaministerium hinzu.

10. Unter dem Vorwand einer angeblichen Verschwörung der SA ließ Hitler zwischen 30.6. und 2.7.34 Röhm und weitere SA-Führer sowie andere Mißliebige ermorden und schaltete so die SA als selbständigen Machtfaktor aus (Röhm-Affäre). An ihrer Stelle wurde die SS zur wichtigsten Stütze des Regimes.

10. Nach dem Tod Hindenburgs am 2.8.34 wurden noch am gleichen Tag per Gesetz die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Hitlers als dem "Führer und Reichskanzler" vereinigt: Die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur war abgeschlossen.<<